Potsdam, 10.11.2026

Die Klimaziele beibehalten und konsequent umsetzen: Deutschlands Zukunftsperspektive für Wettbewerbsfähigkeit, Energiesouveränität und regionale Wertschöpfung

Ein Appell der Klimabeiräte der Bundesländer – 10. November 2026

Executive Summary: Die Klimaziele des Bundes und der Länder sind die Grundlage für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft. Sie gewährleisten Planungssicherheit für Investitionen in Zukunftstechnologien, reduzieren Abhängigkeiten von fossilen Energieimporten, schaffen Wertschöpfung und Arbeitsplätze in den Regionen und sichern langfristig unsere Lebensgrundlagen. Die Klimabeiräte der Bundesländer appellieren deshalb an Bund, Länder und Kommunen, ihre Klimaziele beizubehalten und sie konsequent umzusetzen!

1. Klimaschutz als Standortfaktor

Die Zielsetzung der Klimaneutralität von Bund und Ländern ist Motor für Wettbewerbsfähig-keit, Energiesouveränität und regionale Wertschöpfung.[1] Die geltenden Klimaziele sind die Grundlage für Planungssicherheit, Investitionen in Zukunftstechnologien und die Vermeidung volkswirtschaftlicher Folgekosten in dreistelliger Milliardenhöhe.[2]

2. Klimaschutz als Impulsgeber für wirtschaftliche Entwicklung

Klimaneutrale Produkte werden zunehmend zum globalen Wettbewerbsstandard – wer hier nicht mithält, verliert Marktanteile. Deutsche Unternehmen, die jetzt in grüne Technologien investieren, sichern sich nicht nur Wettbewerbsvorteile, sie vermeiden auch Handelsbarrieren und Kosten durch CO_2-Grenzausgleichsmechanismen. Die Klimaziele geben hierfür die notwendige Planungssicherheit. Wer heute in klimaneutrale Technologien investiert, sichert die Arbeitsplätze von morgen.[3] Wer dagegen an überholten Technologien festhält, riskiert, in den Märkten der Zukunft den Anschluss zu verlieren, erhöht die Gefahr von Fehlinvestitionen, fossilen Lock-ins und später umso höheren Umbaukosten. Die Erneuerbare Energien-Branche schafft bereits heute über 430.000 Jobs in Deutschland. Die Transformation sichert langfristig High-Tech-Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen.[4][5][6]

---

[1] E. Grewenig, K. Kohn, D. Römer, N. Röttmer, H.-J. Walter (2025): The economic benefits of climate action. How decarbonization can enhance competitiveness and growth (KfW Research / Deloitte, October 2025) https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Studien-und-Materialien/PDF-Dateien-Paper-and-Proceedings-(EN)/Economic-benefits-of-climate-action_Deloitte_KfW.pdf

[2] DIW-Wochenbericht 38/39/2025, DIW Berlin, September 2025. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.974516.de/25-38.pdf

[3] Umweltbundesamt (2026): Grüne Wachstumsmärkte – Green Tech Leitmärkte (September 2026) https://www.uba.de/n22129de

[4] Ph. Ulrich, D. Edler, U. Lehr (2026): Aktuelle Entwicklungen der EE-Beschäftigung. GWS-Kurzmitteilung 2026/12, GWS mbH Osnabrück, Juli 2026. https://gws-os.com/fileadmin/downloads/GWS-Kurzmitteilung_2026_12.pdf;

[5] J. Fingerhut, R. Wink (2026): Beschäftigung in den erneuerbaren Energien: Entwicklung und politische Reformen. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh 2026. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BiW/Focus_Paper_Beschaeftigung_in_den_erneuerbaren_Energien.pdf

[6] Ph. Ulrich, D. Edler, K. Hembach-Stunden, U. Lehr (2026): Ausblick auf die Entwicklung der EE-Beschäftigung bis 2035, GWS Research Report 2026/2, GWS mbH Osnabrück, September 2026. https://gws-os.com/fileadmin/discussionpapers/gws-researchreport26-2.pdf

3. Energiesouveränität: Abhängigkeiten durch Erneuerbare ersetzen

Jede Kilowattstunde aus Wind, Sonne oder Geothermie verringert den Bedarf an fossilen Energieträgern – und stärkt die Versorgungssicherheit. Allein 2023 sparte Deutschland durch erneuerbare Energien 18 bis 25 Mrd. Euro an Importkosten.[7] Doch dieser Effekt ist gefährdet: Ohne beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netze droht eine Renaissance fossiler Abhängigkeiten – mit allen geopolitischen Risiken.

Der Ausbau erneuerbarer Energien, höhere Energieeffizienz und die Elektrifizierung von Wärme, Verkehr und Industrie verringern die Abhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern. Jeder weitere Schritt hin zu erneuerbarem Strom hält einen größeren Teil der Wertschöpfung im eigenen Wirtschaftsraum und verringert die Anfälligkeit gegenüber externen Energiepreisschocks. Zur Energiesouveränität gehören auch die Modernisierung und Digitalisierung der Stromnetze zu intelligenten Netzen, der Ausbau von Speichern sowie mehr Flexibilität und Lastmanagement. Erneuerbare Energien, moderne Netze, Speicher und Digitalisierung bilden gemeinsam die Infrastruktur für eine wettbewerbsfähige klimaneutrale Wirtschaft. Diese ist konsequent um eine diversifizierte Rohstoffbeschaffung und Kreislaufwirtschaft zu ergänzen.[8] Eine konsequente Neuausrichtung der Energieversorgung ist damit zugleich Sicherheits-, Standort- und Industriepolitik.

4. Regionale Wertschöpfung: Kommunen als Treiber der Energiewende

Die Energiewende ist ein Jobmotor insbesondere für ländliche Räume: kommunale Wind- und Solarparks, Wasserstoff-Projekte und Bürgerenergiegesellschaften schaffen Wertschöpfung vor Ort – und halten die Einnahmen aus Energieinfrastruktur in der Region.[9] Bund und Länder sollten die Neuausrichtung der Energieversorgung als Chance für eine zukunftsfähige Regionalentwicklung nutzen und gezielt unterstützen, insbesondere durch:

- Stärkung regionaler kleiner und mittlerer Unternehmen und des Handwerks im Energiebereich, insbesondere bei Planung, Installation, Betrieb und Wartung von Energieanlagen,
- Regionale Innovationsnetzwerke von Wirtschaft und Hochschulen,
- Qualifizierungsangebote für Fachkräfte und Zuwandernde[10],
- Vereinfachte Rahmenbedingungen für kommunale und regionale Energieprojekte (z. B. durch interkommunale Zusammenschlüsse, regionale Projektentwickler und Bürgerenergiegemeinschaften),
- Unterstützung insbesondere für finanzschwache Kommunen (Beratung, Personalkapazitäten, Ermöglichung von Investitionen in Energiewendeanlagen).

---

[7] DIW-Wochenbericht 38/39/2025 (s. Fn. 2), vgl. F. Chr. Matthes (2025): Kurzanalyse: Kosten der Energieimporte nach Deutschland und Europa (Öko-Institut Berlin, Januar 2025) https://www.oeko.de/publikation/kosten-der-energieimporte-nach-deutschland-und-europa/

[8] Entsprechend der Verordnung (EU) 2024/1252 (Europäisches Gesetz zu kritischen Rohstoffen) und dem aktuell von der EU-Kommission vorbereiteten Circular Economy Act, s. https://environment.ec.europa.eu/strategy/circular-economy_en?prefLang=de

[9] F. Sixtus, P. Riesenhuber, C. Wazinski, C. Hinz, St. Salecki, T. Baerens, B. Hirschl, H. Kempermann und T. Hönig (2025): Stärkung der regionalen Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien. Berlin-Institut, IÖW, IW Consult im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, Februar 2026. https://www.ioew.de/fileadmin/user_upload/DOKUMENTE/Publikationen/2026/Staerkung-der-regionalen-Wertschoepfung-durch-Erneuerbare-Energien.pdf

[10] Prognos AG (2024): Defossilisierung und Klimaneutralität – Fachkräftebedarf und Fachkräftegewinnung in der Transformation. Studie im Auftrag der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), Dezember 2024. https://www.prognos.com/en/project/skilled-workers-energy-transition

5. Appell

Klimaneutralität ist die Zukunftsperspektive für Deutschland – für die Wirtschaft, für die Energieversorgung und für den Zusammenhalt von Stadt und Land. Richtig gestaltet, kann sie zum Motor für Innovation, wirtschaftliche Entwicklung und neue Wertschöpfung in Deutschland und seinen Regionen werden.

Die Klimabeiräte der Bundesländer appellieren deshalb an Bund, Länder und Kommunen:

Halten Sie an den geltenden Klimazielen des Bundes und der Länder fest und setzen Sie sie konsequent um – für ein zukunftsfähiges, wettbewerbsfähiges und souveränes Deutschland!

Unterzeichnung des Appells

Klimabeiräte der Länder[11]

Klima-Sachverständigenrat Baden-Württemberg

Bayerischer Klimarat

Berliner Klimaschutzrat

Wissenschaftlicher Klimabeirat Brandenburg

Sachverständigenrat für Fragen des Klimaschutzes und der Energiepolitik der Freien Hansestadt Bremen

Klimabeirat Hamburg

Wissenschaftlicher Klimabeirat Hessen

Wissenschaftlicher Beirat für Klimaschutz des Landes Sachsen-Anhalt

Thüringer Beirat für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung

Einzelmitglieder der Klimabeiräte der Länder[12]

Prof. Dr. Anne Schierenbeck, Mitglied des Niedersächsischen Klimarats, Hochschule Osnabrück

Bernhard Osterburg, Mitglied des Niedersächsischen Klimarats, Thünen-Institut

Dr. Marie Kajewski, Mitglied des Niedersächsischen Klimarats, Caritasverband für die Diözese Hildesheim e.V.

Gunter Stegemann, Mitglied des Niedersächsischen Klimarats, Handwerkskammer Hannover, Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen e. V.

Susanne Gerstner, Mitglied des Niedersächsischen Klimarats, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Niedersachsen e.V.

Prof. Dr. Ann-Kathrin Kößler, Mitglied des Niedersächsischen Klimarats, Leibniz Universität Hannover

Prof. Dr. Holger Buschmann, Mitglied des Niedersächsischen Klimarats, NABU (Naturschutzbund Deutschland) Landesverband Niedersachsen e. V.

Prof. Dr. Barbara Lenz, Mitglied des Niedersächsischen Klimarats, Humboldt Universität zu Berlin

Prof. Elisabeth Endres, Mitglied des Niedersächsischen Klimarats, Technische Universität Braunschweig

Prof. Dr. Bernd Engel, Mitglied des Niedersächsischen Klimarats, Technische Universität Braunschweig

Roman Kaak, Mitglied des Energiewendebeirats des Landes Schleswig-Holstein und Geschäftsführer Verband der Norddeutschen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VNEW

[11] Klimabeiräte der Länder mit gemeinsamer Beschlussfassung
[12] Klimabeiräte der Länder ohne Möglichkeit der Beschlussfassung